

**23.4477****Motion Müller Leo.  
Listenflut beseitigen****Motion Müller Leo.  
Mettre un terme  
au foisonnement de listes**

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.04.24

**Müller** Leo (M-E, LU): Mit meinem Vorstoss will ich der Listenflut Einhalt gebieten. Sie alle haben in den letzten Wahlen und in den Zwischenwahlen, zum Beispiel in den Kantonen, wahrscheinlich erlebt, wie viele Listen da kreiert und eingegeben wurden. Und Sie haben wahrscheinlich auch sehr viele Rückmeldungen von Wählerinnen und Wählern erhalten, die gesagt haben, ja, das ist jetzt doch etwas viel.

Am Anfang, als diese Listen kreiert wurden, hat das den Parteien mit den vielen Listen einen Vorteil verschafft. Aber es hat auch dazu animiert, dass andere – und heute sind es die meisten Parteien – so viele Listen gemacht haben, dass oftmals kein Überblick mehr möglich ist.

Ich habe diese Rückmeldungen ernst genommen und einen Vorstoss eingereicht mit dem Ziel, dass über alle Parteien und über alle Listen hinweg maximal fünf Listen verbunden werden können. Ich will die Listenverbindung nicht verbieten, aber es soll eine Beschränkung geben. Damit soll ein Beitrag zur Transparenz geleistet und bewirkt werden, dass Wählerinnen und Wähler nicht abgeschreckt werden, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Vielmehr sollen diese nach wie vor animiert werden, an den Wahlen teilzunehmen. In diesem Sinne bitte ich Sie, meinem Vorstoss zuzustimmen.

Es gibt ja auch andere Vorstösse – einer wurde zwar jetzt zurückgezogen – für ein anderes Wahlsystem. Ich will das Wahlsystem eben gerade nicht ändern, aber wenn wir es retten wollen, dann ist es wichtig und richtig, dass wir die Zahl der Listenverbindungen begrenzen und unser Wahlsystem beibehalten.

In diesem Sinne bitte ich Sie nochmals, meinen Vorstoss zu unterstützen.

**Rossi** Viktor, Bundeskanzler: Die Motion Müller Leo "Listenflut beseitigen" fordert, dass bei Nationalratswahlen maximal fünf Listen verbunden werden können. Mit dieser Beschränkung soll die Zunahme an Listen für die Nationalratswahlen gestoppt werden.

Bei den vergangenen Nationalratswahlen hat sich der langjährige Trend zu mehr Kandidierenden und mehr Listen fortgesetzt und noch verstärkt. So haben 2023 in den Proporzkantonen 5909 Personen für den Nationalrat kandidiert. Das sind über 27 Prozent mehr als 2019. Bei der Anzahl Listen lag die Zunahme im Vergleich zu 2019 bei über 20 Prozent. Die Veränderungen und die Anzahl der Listen und Kandidierenden unterscheiden sich jedoch von Kanton zu Kanton teilweise stark. Der Kanton Luzern beispielsweise schwang hier sicher sehr weit aus. Es ist nicht klar, wie sich die Zunahme und die hohe Anzahl an Listen und Kandidaturen beispielsweise auf die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten der Stimmbevölkerung auswirken. Einige Wähler und Wählerinnen wurden dadurch möglicherweise sogar mobilisiert, andere haben vielleicht aufgrund der hohen Anzahl an Kandidierenden auf die Stimmabgabe verzichtet. Man kann aber sicher festhalten, und das wurde vorhin zu Recht auch erwähnt, dass die Zunahme der Kandidaturen und Listen sowie die Frage der Listenverbindungen bei den vergangenen Nationalratswahlen von einer breiten Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Es geht bei dieser Motion nicht um eine Änderung des Wahlsystems, das wurde angetönt, sondern um eine Änderung der Wahlrechtsregeln, und trotzdem muss man auch bei solchen Anpassungen jeweils, ich sage es einmal so, das Gesamtpaket betrachten. Es handelt sich um Entscheide mit potenziell weitreichenden Folgen für das gesamte politische System. Der Bundesrat begrüsst es deshalb, dass sich die Staatspolitischen Kommissionen vertieft mit der Frage der Wahlregeln und der Wahlsysteme befassen. So hat die Staatspolitische Kommission Ihres Rates am 1. Februar dieses Jahres eine Anhörung von Expertinnen und Experten zum Wahlsystem durchgeführt. Neben weiteren Vorstössen sind zudem drei parlamentarische Initiativen zum Thema Wahlsystem und Listenverbindungen hängig, die für die Sitzung Ihrer Staatspolitischen Kommission



vom 25. April traktandiert sind.

Der Bundesrat möchte den Bestrebungen und den geplanten Arbeiten der Staatspolitischen Kommission nicht vorgreifen und beantragt Ihnen aus den dargelegten Gründen, die Motion abzulehnen.

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.4477/28606)

Für Annahme der Motion ... 93 Stimmen

Dagegen ... 93 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Mit Stichentscheid des Präsidenten*

*wird die Motion abgelehnt*

*Avec la voix prépondérante du président*

*la motion est rejetée*